



Die



Alpenkonvention

Nachhaltige Entwicklung für die Alpen

1... Editorial 2... Ständiger Ausschuss der Alpenkonvention 3... CIPRA-Jahresfachtagung 2010 5... Weg der Alpenkonvention 6... Umsetzung der Alpenkonvention in den Bundesländern (3) 7... Die S 36 im Gespräch 9... Vorzeigebispiele als Antworten auf den Klimawandel (3) 11... Bergsteigerdörfer: Berglandwirtschaft und zukunftsfähiger Bergtourismus 12... Literaturtipp

Editorial

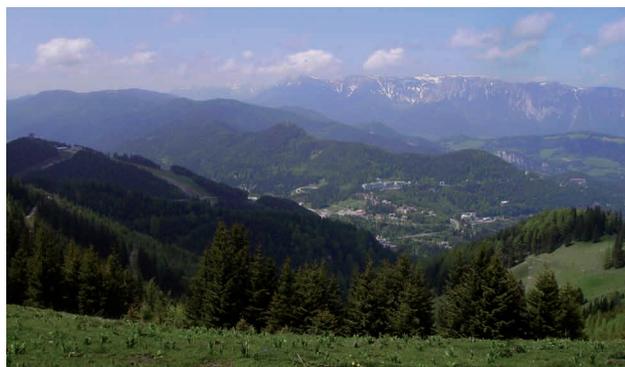
Liebe Leserinnen und Leser!

„Sie sind im Begriff, einen Fehler zu machen, den dann andere ausbaden müssen“, warnte Umwelt- und Verkehrsminister Moritz Leuenberger vor der Abstimmung. Leider vergeblich. Am 29. September hat das Schweizer Parlament mit 102:76 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) die Ratifizierung von drei Durchführungsprotokollen der Alpenkonvention (Verkehr, Bodenschutz und Raumplanung) abgelehnt. Mit ihrer Mehrheit im Parlament haben sich die konservativen Parteien gegen die Empfehlungen des Bundesrates (= Regierung) und des Ständerats zur Annahme dieser Protokolle ausgesprochen.

Behauptet wurde, die Protokolle seien schutzlastig, würden Fremdbestimmung nach sich ziehen und die Entwicklung der Bergkantone einschränken. Da halfen auch die aufklärenden Worte Leuenbergers und der VertreterInnen der linken und grünen Parteien nichts. Der Kantönligeist hat gesiegt.

Damit ist ein neunjähriger Kampf entschieden, wonach in der Schweiz kein einziges der Durchführungsprotokolle ratifiziert ist. Es besteht kein Zweifel daran, dass das Vertragswerk der Alpenkonvention dadurch insgesamt geschwächt wird. Zugleich ist davon auszugehen, dass durch das schlechte Beispiel der Schweiz die Alpenkonvention auch innenpolitisch Schaden nehmen wird.

Denn es wird künftig schwieriger – etwa bei touristischen Ausbauprojekten – auf eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu drängen, weil das Argument entfällt, der Nachbar und Konkurrent Schweiz unterliege den gleichen Spielregeln. Genau in diesem Sinne hat die von CIPRA Österreich ausgerichtete internationale CIPRA-Jahrestagung 2010 Mitte Oktober am Semmering eine in klaren Worten gehaltene Resolution beschlossen (im Wortlaut siehe: <http://www.cipra.org/de/cipra-home/resolution.pdf>). Verschärft wird die ohnehin schon prekäre Situation dadurch, dass ausgerechnet 2011 die Schweiz den turnusmäßigen Vorsitz in der Alpenkonvention für zwei Jahre übernehmen wird. „Im Hinblick auf diesen Vorsitz erwarten die Anwesenden von der Schweiz ein klares Bekenntnis zur Alpenkonvention und zu deren Umsetzung. Die Schweiz soll darlegen, wie sie in den nächsten Jahren die gemeinsame Vision einer nachhaltigen Alpenpolitik aktiv und in führender Rolle gestalten will. Zudem muss es ein mittelfristiges Ziel der Schweiz bleiben, die politische Implementierung der Protokolle der Alpenkonvention durchzusetzen“, heißt es dazu in der Resolution.



Gemeinde Semmering – Kulisse der CIPRA-Jahresfachtagung

© Manuela Kaiser

In diesem Heft gehen wir auf die Diskussionen auf der CIPRA-Jahresfachtagung am Semmering ein, bei der die künftige Entwicklung in den peripheren alpinen Gebieten das zentrale Thema war. Patientrezepte gibt es keine, weil die Voraussetzungen in den Regionen nicht nur von Gemeinsamkeiten, sondern auch von großen Unterschieden geprägt sind. Eindeutig ist allerdings die Forderung an die Zentren, den alpinen Randlagen künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dazu gehört neben dem Hirnschmalz von ExpertInnen und einer demokratischen Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung auch die Einsicht, dass die Erhaltung dieser Lebens- und Wirtschaftsräume auch etwas kosten wird.

Eine interessante Lektüre wünscht
Ihr
Hannes Schlosser



Alpenkonvention tritt auf der Stelle

Von Ewald Galle*

Eigentlich sollte diese letzte Sitzung vor dem Finale der slowenischen Präsidentschaft der Alpenkonvention im März 2011 in Brdo inhaltliche Weichenstellungen treffen und vielerorts notwendige Akzente setzen. Letztlich war der 44. Ständige Ausschuss Ende Oktober in Innsbruck wieder nur eine Zusammenkunft, deren gemeinsamer Nenner der Wille der Vertragsparteien war, sich bei entscheidenden Fragestellungen nicht weiter zu bewegen.

Auf der Haben-Seite zu buchen ist die formale Einigung über den Fortbestand der „Task Force Schutzgebiete“ (ALPARC). Frankreich wird nun ersucht, das dieser Konstruktion zugrunde liegende Rahmenabkommen lediglich bis 31. Dezember 2013 – und nicht wie der vertragsinterne Automatismus vorsieht bis Ende 2016 – zu verlängern, indem der entsprechende Artikel zeitgerecht abgeändert wird. Frankreich bekräftigte seine Bereitschaft, das Netzwerk bis Ende 2013 zu finanzieren. Die verbleibende Zeit sollte jedenfalls genutzt werden, um die bis dato erarbeitete, hervorragende Expertise des Netzwerks zu erhalten und nach neuen Modellen – auch zur Finanzierung – zu suchen, die eine weitere Optimierung der Rolle von ALPARC ermöglichen.

Weitere Pluspunkte betrafen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Plattformen, wobei es noch immer nicht überall gelingt, die Resultate in breitere bzw. europäische Diskussionsprozesse einfließen zu lassen. Ein Positivbeispiel ist die Plattform „Wassermanagement im Alpenraum“, deren Output mittlerweile schon in diversen Gremien Beachtung findet. Auch die im Rahmen der Arbeitsgruppe „Verkehr“ erzielten Ergebnisse in Form einer Studie zum Thema „Gesundheitsauswirkungen des Verkehrs im Alpenraum“ soll bei der Weiterentwicklung der Eurovignetten-Richtlinie berücksichtigt werden.

Als positives Beispiel in einer ansonsten ergebnislosen Klimadebatte bleibt die Initiative Liechtensteins um einen alpenweiten Wettbewerb über ökologisches Bauen und Sanieren. Die drei Preisträger aus über 200 Einreichungen, ausgewählt von einer namhaften Jury, werden im Rahmen der nächsten Tagung der Alpenkonferenz ausgezeichnet.

Auch die Initiative Österreichs, die Sensibilität des Ständigen Ausschusses für die Anliegen der

Berglandwirtschaft im Alpenraum zu erhöhen, rief ein positives Echo der Delegationen hervor. Als weitere Vorgangsweise wurde vereinbart, unter Beiziehung diverser Stakeholder, wie etwa der EUROMONTANA, den möglichen Aufgabenbereich einer neuen Plattform innerhalb der Alpenkonvention einschließlich des dafür notwendigen Mandates zu definieren.

Ein hilfloses Bild

Auf der Soll-Seite ist die Liste aber leider ungleich länger. Die Darlegungen der Schweiz zum abschlägigen Beschluss des nationalen Parlaments zur Ratifizierung der Protokolle der Alpenkonvention konnte mit Ausnahme von Österreich offensichtlich alle Delegationen beruhigen. Lediglich die österreichische Delegation merkte an, dass es vielerorts unverständlich ist, warum ein zentraler Alpenstaat, dessen Problemstellungen und Herangehensweisen sich in so vielen Dingen mit Österreich decken, einen derart markanten und weithin sichtbaren negativen Schritt setzt. Die Auswirkungen dieses Beschlusses führen mittlerweile auch dazu, dass die Wahrnehmung der Alpenkonvention und ihre Glaubwürdigkeit schlechthin einen weiteren Dämpfer erfahren hat.

Einer Bankrotterklärung gleich kam die Behandlung des Fortschrittsberichtes zur laufenden Struktur- und Zukunftsdiskussion im Rahmen der Alpenkonvention. Dabei wurde ein vom Ständigen Sekretariat vorgelegter Zwischenbericht, der die wesentlichen Inhalte dieser Debatte zusammenfassen sollte, in einer fast schon selbst zerstörerischen Art und Weise völlig entwertet, so dass für Österreich daraus kein Mehrwert mehr ableitbar ist. Um zumindest einige der durchaus positiven und innovativeren Vorschläge der Delegationen zu retten, wurde das Ständige Sekretariat ersucht, im

Lichte der Diskussion (!) ein neues Dokument zu erarbeiten, das von den Delegationen bis Ende dieses Jahres schriftlich kommentiert werden soll.

Das dafür durchaus geeignete Transportmittel in Form des Mehrjahresplanes (MAP) scheiterte bereits an der Kontroverse um fünf von der Schweiz vorgeschlagene Prioritäten. Neu war die Idee eines sogenannten Strategischen Aktionsplanes (SAP). In diesem flexibel zu handhabenden SAP soll eine konsequente Fokussierung der Arbeiten erfolgen. Der kleinste erzielbare Nenner war die Aufforderung an die Delegationen, bis 15. Dezember 2010 den Entwurf des MAP zu kommentieren und bereits spezifische Aktionen für den SAP vorzuschlagen.

Ein ähnlich hilfloses Bild brachte die Diskussion zum allgegenwärtigen Phantom einer „Makroregion Alpen“. Eigentlich sollte die Alpenkonvention inspiriert werden, ihre Rolle besser und offensiver zu verstehen und möglichst frühzeitig in einen Diskussionsprozess um die zukünftige EU-Politik im Hinblick auf Makroregionen und eine damit zusammenhängende Neugestaltung der Förderkulissen nach 2014 einzutreten, wie es im Ostsee- und Donaunraum bereits vorexerziert wurde. Nicht als Konkurrenz, sondern als funktionierendes politisches Programm, dessen Anwendungsbereich und integrative Sichtweise große Vorteile darstellen, sollte sich die Alpenkonvention präsentieren. Eben diese Verknüpfung einer „Makroregion Alpenraum“ mit der Alpenkonvention sollte im Vordergrund stehen. Österreich hat die Diskussion zum Anlass genommen, um für die kommende Alpenkonferenz eine Deklaration der AlpenministerInnen zu fordern, mit der die Rolle der Alpenkonvention festgeschrieben werden soll. Mehr als das Ersuchen um Stellungnahme ist aber bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses nicht herausgekommen. ■

* Der Autor ist Mitarbeiter im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abt. V/9 – Internationale Angelegenheiten. Die in diesem Beitrag wiedergegebenen Ansichten sind die des Autors und müssen sich nicht mit denen der Institution decken.

Die Zukunft peripherer Regionen

CIPRA-Jahrestagung 2010 am Semmering

Nadine Pfahringer

Wie andere peripher gelegene Alpenregionen auch, hat der Semmering im Wandel der Zeit einschneidende Veränderungen erfahren. Die anfangs schwach besiedelte und unzugängliche Region in den Ostalpen erfuhr 1728 mit dem Bau der Semmeringstraße und in Folge durch den Bau der europaweit ersten Gebirgsbahn (eröffnet im Jahre 1854, seit 1998 Weltkulturerbe) einen markanten Aufschwung. Der internationale Handel über den jahrhundertlang bedeutsamen Fernhandelsweg über die Alpen florierete, die Eisenbahn war zusätzlich treibende Kraft in der Epoche der industriellen Revolution. Der verkehrstechnischen folgte schließlich eine touristische Erschließung. Alpine Hotelkolonien wurden errichtet und der Semmering machte sich als Höhenkurort einen Namen. Diese Entwicklung wurde Mitte des 20. Jahrhunderts unterbrochen und ein deutlicher Rückgang des Tourismus war die Folge. Einen neuerlichen Aufschwung erfuhr die Region mit dem Ausbau des Schigebiets in den 1980er-Jahren sowie in Folge mit der Austragung von FIS- Weltcuprennen. Heute präsentiert sich der Semmering im Sommer und im Winter als beliebte Urlaubsdestination mit feudalem Flair.

Vor dieser, für die Themenstellung der Veranstaltung charakteristischen Kulisse des Semmerings beschäftigte sich die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA im Rahmen ihrer alljährlichen Fachtagung von 14. bis 16. Oktober, gemeinsam mit 127 Interessierten aus allen Alpenländern, mit den Herausforderungen und Zukunftsperspektiven peripherer Alpenregionen. Unter dem Veranstaltungstitel „Die Alpen im Wandel - Periphere Regionen zwischen Brachland und Hoffnung“ wurde aufzuzeigen versucht, welche Risiken bzw. Chancen die Abwanderung der Landbevölkerung im Alpenraum mit sich bringen kann.

In Südfrankreich und im Piemont beispielsweise stehen bereits ganze Dörfer am Rande ihrer Existenz, anderswo in den Alpen *noch* nicht. Die Aufrechterhaltung der Daseinsgrundfunktionen wird in diesen Regionen zunehmend zur Herausforderung. Haben die städtischen Gebiete nun einen konkreten Versorgungsauftrag den betroffenen Regionen gegenüber? Wird Rückbau unvermeidlich sein? Ist Tourismus der Schlüssel, um die Probleme abgelegener Räume inneralpiner Lagen zu lösen, oder lautet das Zauberwort Zuwanderung? Wie sich im Zuge der Tagung herausstellte, differieren die Meinungen hierzu ebenso wie die Ausgangssituationen in den einzelnen Regionen. Patentrezepte oder Einheitslösungen kann und wird es demnach keine geben. Dennoch war man sich einig, dass der Raumordnung im Zusammenwir-

ken mit weiteren Politikfeldern eine wesentliche Rolle zukommt, um auf die Problemlagen strukturschwacher peripherer Gebiete zu reagieren.

Demografische Prozesse

Egal, ob man Regionen sucht, die von einem demografischen Wachstum oder einem Rückgang geprägt sind, der Alpenraum hat beides zu bieten. Doch während urbane Gebiete zu Nutznießern von Globalisierungsprozessen geworden sind, gibt es periphere Alpenregionen abseits der Agglomerationen, in denen sich die Frage stellt, ob es überhaupt noch lohnt, diese Gebiete weiter zu besiedeln. Von welchen Faktoren hängt das ab? In erster Linie entscheidet wohl die Attraktivität einer Region darüber, ob die Menschen bleiben, abwandern oder sogar zuziehen. Doch Attraktivität alleine ist nicht ausschlaggebend. Damit eine Region lebenswert bleibt, müssen Mindestansprüche an eine soziale Infrastruktur bzw. Daseinsvorsorge erfüllt sein. Um das zu gewährleisten, braucht es eine sozialverträgliche Anpassung an den Bevölkerungsrückgang, der nur durch eine soziale und solidarische Begleitung durch die Politik und entsprechender finanzieller Hilfestellung sicher gestellt werden kann.

Hoffnungsträger Tourismus

Dass Tourismus im Alpenraum eine wesentliche Erwerbsquelle darstellt, belegt allein die Tatsache, dass rund



Von li. nach re.: Peter Haßbacher (Vorsitzender CIPRA Österreich), Tanja Bogataj (Slowenischer Vorsitz der Alpenkonvention), Stephan Pernkopf (Landesrat für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, Niederösterreich), Dominik Stegrist (Präsident CIPRA International) und Norbert Steiner (Vizebürgermeister der Gemeinde Semmering)





© Horst Schröttner

1998 wurde die Semmeringbahn zum Weltkulturerbe erklärt

16 Prozent aller Nächtigungen der gesamten EU-27 auf die Alpen entfallen. Dieser Fremdenverkehr hat es unter anderem wohl ermöglicht, dass bis heute in manch entlegenem Alpental ein Leben und Arbeiten überhaupt noch möglich ist. Doch wie kann der Alpentourismus künftig zur aktiven Strategie einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Alpenraum werden? Der Präsident von CIPRA International, **Dominik Siegrist**, wusste darauf eine mögliche Antwort: Zertifizierte Labelregionen, wie das Lesach- (A) oder das Logartal (SLO), könnten dazu beitragen, die Zukunftsperspektiven strukturschwacher Alpenregionen durch nachhaltige Tourismusformen und durch die Vermarktung regionaler Qualitätsprodukte und -dienstleistungen zu verbessern. Voraussetzung wäre der Zugang zu finanziellen Transferzahlungen seitens der Alpenländer oder der Europäischen Union, zumindest so lange bis der Mehrwert des Alpen-Labels anerkannt ist und aus dieser Wertschöpfung tatsächlich auch eine Wertschöpfung für die Region generiert werden kann.

Kühl- und Gesundheitsräume in den Alpen

Der Klimawandel könnte sich für bestimmte Alpenregionen als wahre Chance erweisen. Nach Einschätzung von **Michael Brandl** (Tirolwerbung) könnten die Alpen künftig als Kühl- und Gesundheitsräume wieder attraktiver werden. Er betitelte die Alpen als „klein, reich, sicher und kühl“, so könnte beispielsweise die Sommerfrische künftig eine Renaissance erfahren. Generell spricht sich der Experte für qualitätsvolle, nachhaltige Tourismuslösungen im Alpenraum aus. Dieser Aufforderung

folgt seit mehreren Jahren das Projekt „Bergsteigerdörfer“ des Oesterreichischen Alpenvereins. Auch Initiativen wie „theAlps“ sollen dabei helfen, sich zu vernetzen und alpenweit gemeinsam den Chancen und Herausforderungen im Tourismus zu stellen. Auch als Luftkurort oder zur Therapie chronisch kranker PatientInnen (AsthmatikerInnen, AllergikerInnen) könnte sich der Alpenraum künftig hervortun. Der Innsbrucker Alpinmediziner **Wolfgang Schobersberger** ortet im Zusammenhang mit dem Klimawandel neue Chancen im Bereich des alpinen Gesundheitstourismus.

Älter werden und Mobilität

Als Folge der starken Abwanderung wird die öffentliche Verkehrsinfrastruktur immer weiter ausgedünnt. Diese Entwicklung trifft besonders ältere Menschen, die nicht automobil sind bzw. diejenigen, die versuchen, nachhaltig zu leben und öffentlichen Verkehrsmitteln den Vorrang vor dem eigenen Auto einzuräumen. **Tatjana Fischer** von der Universität für Bodenkultur in Wien wies in ihrem Vortrag warnend auf die Tatsache hin, dass unsere Raumstruktur sehr stark auf das Auto ausgerichtet, um nicht zu sagen autozentriert ist. Weiters stellt sich die Frage, was denn passiert, wenn die Angehörigen pflegebedürftiger Menschen abwandern. Man bedenke, dass allein in Österreich gegenwärtig rund 80 Prozent der pflegebedürftigen Personen im Familienverband betreut werden. Werden die Ansprüche an eine Grundversorgung nicht mehr befriedigt, fehlen rasch die Grundvoraussetzungen für eine Pflege im Familienverband. Droht letztlich also der Zusammenbruch entlegener Randregionen oder gibt

es einen Ausweg? Lösungen, die bislang angeboten werden, sind entweder personalintensiv, kostenintensiv oder beides. Grundlegend ist festzuhalten, dass die Bundespolitiken genauso wie die Landespolitiken im Alpenraum aufgefordert sind, sich darüber klar zu werden, welche Raumentwicklung sie favorisieren und wie mit strukturschwachen peripheren Regionen umzugehen ist. Bis dahin kann der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, um etwa räumliche Distanzen zu kompensieren, oder Freiwilligenarbeit bzw. Nachbarschaftshilfe diese Entwicklungen dämpfen, nicht aber aufhalten.

Künftige Regionalpolitik der Alpenländer

Während in Brüssel mehr und mehr die Herausforderungen der Großstädte in den Vordergrund drängen, spitzt sich die Problemlage im Alpenraum weiter zu. Für **Eva Lichtenberger**, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, hat es den Anschein, als wären die EU-Mitgliedsstaaten immer weniger bereit, die Erhaltung des strukturschwachen ländlichen Alpenraums ernst zu nehmen. Stattdessen werden Theorien über Schrumpfungprozesse laut und es ist die Rede von Immigration. Sind das mögliche Ansätze für eine künftige Regionalpolitik der Alpenländer? **Heinz Fassmann** von der Universität Wien meint, dass partielle Schrumpfung künftig unvermeidbar sein wird, forderte aber gleichzeitig eine unerlässliche und aktive Begleitung dieses Prozesses. Wenn es nach **Maurizio Dematteis**, Politikwissenschaftler und Journalist, geht, könnte eine soziale Integration von Einwanderern künftig die Existenz ganzer Dörfer sichern. In Nord-Westitalien profitieren schon heute Einheimische vom Zuzug und der erhöhten Nachfrage nach Bildungseinrichtungen, Konsumangeboten, ärztlicher Versorgung etc., weil Schulen und Geschäfte wieder öffnen und Daseinsgrundfunktionen in den betroffenen Dörfern gesichert werden können. Warum also nicht dieses Erfolgsmodell auch auf ausgewählte Alpenregionen übertragen? **Roberto Colombero**, Präsident einer strukturschwachen peripheren Bergregion im Aostatal, wies auf das Potenzial der Inwertsetzung endogener Ressourcen dieser Regionen, wie Wasser, Energie oder Bodenschätze hin. Auch Wildheit, Erholung und Anti-Urbanität können in

diesen Regionen zur Verfügung gestellt werden.

Im Zentrum der Diskussion über eine zukünftige Regionalpolitik der Alpenländer stand ferner die Frage nach Ansätzen für eine Alpenstrategie der Zukunft. Während die 1995 in Kraft getretene Alpenkonvention nach wie vor darum kämpft, wahrgenommen und politisch umgesetzt zu werden, scheint zurzeit eine neuerliche Debatte in Gang zu kommen. Eine sich von der Nordgrenze Bayerns bis in die Emilia Romagna erstreckende Makroregion Alpen soll künftig Förderquellen erschließen. Die Kritik an der regionalpolitischen Initiative fiel heftig aus. Der Anwendungsbereich der Alpenkonvention würde politisch geschwächt werden, so **Peter Haßbacher**, Vorsitzender von CIPRA Österreich. **Gerhard Heilingbrunner** (Präsident Umweltschutzverband) gab zu bedenken, dass alpenraumspezifische Fördermit-

tel an Flachlandregionen abfließen könnten. Dass die alpenspezifischen Bedürfnisse und Notwendigkeiten durch eine Makroregion Alpen in den Hintergrund rücken würden und der Fokus für die eigentlichen Probleme der Alpen verloren ginge, kritisierte der Generalsekretär der Alpenkonvention, **Marco Onida**.

Keine Bedrohung der alpinen Interessen durch eine makroregionale Alpenstrategie hingegen sahen **Martin Preineder**, Präsident des österreichischen Bundesrates und **Christian Salletmaier**, Leiter der Verwaltungsbehörde des Alpenraumprogramms.

CIPRA macht Druck auf die Schweiz

Heftig diskutiert wurde auch die Ende September erfolgte Ablehnung des Schweizer Parlaments, drei Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention nicht zu ratifizieren (siehe dazu das Editorial auf Seite 1).

he dazu das Editorial auf Seite 1).

CIPRA Österreich bedankt sich beim Land Niederösterreich und beim Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention für die großzügige finanzielle Unterstützung, weiters bei allen ReferentInnen, PodiumsdiskutantInnen und ModeratorInnen, bei CIPRA International bzw. den nationalen CIPRA-Vertretungen für deren Unterstützung, allen weiteren mit der Organisation und der reibungslosen Durchführung befassten Personen, den Dolmetscherinnen sowie nicht zuletzt bei den TagungsteilnehmerInnen für ihr Interesse.

Ein ausführlicher englischsprachiger Tagungsband wird voraussichtlich im Frühjahr 2011 veröffentlicht. Abstracts und Präsentationen einzelner Vorträge können schon jetzt auf der CIPRA-Homepage nachgelesen werden. <http://www.cipra.org/de/CIPRA/cipra-international/veranstaltungen/jahresfachtagungen/jft-2010> ■

Rund um die Koschuta: Weg der Alpenkonvention

In der Gemeinde Zell/Sele in Kärnten und der Gemeinde Tržič in Slowenien wurde ein grenzüberschreitender Weg mit Namen „Weg der Alpenkonvention – Rund um die Koschuta“ installiert. Das Koschutamassiv in den Karawanken zählt zu den bekanntesten Gebirgszügen Kärntens und bildet die Staatsgrenze zwischen Österreich und Slowenien. Seit dem EU-Beitritt Sloweniens 2004 und insbesondere seit dessen Schengen-Beitritt 2007 hat die Grenze an Bedeutung verloren. Diese Rahmenbedingungen ließen bei den alpinen Vereinen Österreichs und Sloweniens die Idee reifen, im Bereich der Koschuta einen Weg zu schaffen.

Die beiden Endpunkte des Alpenkonventionsweges sind der Loiblpass/Ljubelj im Westen und der Potoksattel/Sedlo Potok im Osten. Es besteht die Möglichkeit, den Kamm der Koschuta/Kosüta sowohl im Norden als auch im Süden zu umwandern oder ihn zu überschreiten. Für die Wanderung sind mindestens zwei Tage einzuplanen.

Im Beisein der VertreterInnen aller am Projekt beteiligten alpinen Vereine sowie der VertreterInnen der Fördergeber wurde am 8. Oktober 2010 der Weg beim Koschutahaus offiziell eröffnet. Der Zeller Bürgermeister Engelbert Wassner hob das Projekt besonders hervor. Der Eröffnung wohnten auch Ewald

Galle vom Lebensministerium und Emil Ferjančič vom slowenischen Umweltministerium bei. Beide Ministerien unterstützten gemeinsam mit dem Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention das Projekt.

Im Rahmen des Projektes wurde der Weg beschildert. Ein Folder in Slowenisch und Deutsch wurde aufgelegt, drei Informationstafeln behandeln die Protokolle Tourismus, Berglandwirtschaft sowie Raumplanung und nachhaltige Entwicklung der Alpenkonvention. (np)

Nähere Informationen finden sich auf der Homepage des Ständigen Sekretariats der Alpenkonvention unter http://www.alpconv.org/home/index_de ■

Hochkarätige Alpenkonventionsbesetzung bei der Eröffnung des „Wegs der Alpenkonvention“ (li), Gemeinde Zell/Sele (re)





Aktivitäten zur Umsetzung der Alpenkonvention in den Bundesländern (3)

Wie steht es um die praktische Umsetzung der Alpenkonvention in den einzelnen Bundesländern? Wir haben dazu die Ansprechpersonen für Alpenkonventionsbelange in den Bundesländern nach Vorzeige-Projekten befragt. Das Ergebnis wollen wir in einer Beitragsserie präsentieren. Nach Oberösterreich und der Steiermark ist nun Niederösterreich an der Reihe.

Den Bevölkerungsrückgang stoppen

Von Thomas Mitterstöger*

Fast ein Drittel der Landesfläche von Niederösterreich – knapp mehr als 6.000 km² bzw. 161 von 573 Gemeinden – liegt im Anwendungsbe- reich der Alpenkonvention.

Wie in anderen Regionen zeigt sich auch in Niederösterreich ein sehr heterogenes Bild des Alpenraumes. Am Beispiel der Bevölkerungsentwicklung der letzten 40 Jahre können die unterschiedlichen Ausgangslagen verdeutlicht werden. Der niederösterreichische Anwendungsbereich der Alpenkonvention reicht von den Stadt-Umland-Gemeinden Klosterneuburg, Breitenfurt oder Purkersdorf, die starkes Bevölkerungswachstum aufweisen, bis zu Gebieten, die mit einer abnehmenden Zahl an BewohnerInnen konfrontiert sind, wie die Gemeinden Annaberg, St. Aegyd/Neuwalde oder Schwarza. Dazwischen gibt es touristische Hotspots, wie den Semmering und das Hochkar, deren Umlandgemeinden ihren Bevölkerungsanteil in etwa halten.

Der hohe Waldanteil mancher Regionen zeigt den Rückgang der Landwirtschaft, oft verbunden mit einer starken Bevölkerungsabnahme. Wie das Beispiel der Gemeinden im Pielachtal südlich der Landeshauptstadt St. Pölten zeigt, weist die Waldzunahme allerdings eine gewisse Dynamik auf: je peripherer die Lage der Gemeinde, umso früher hat die Abwanderung eingesetzt und der Waldanteil zugenommen.

Bergsteigerdörfer und SuperAlp!

Die Gemeinde Lunz am See versucht dem Bevölkerungsrückgang unter anderem mit einem Projekt, das aus der Idee der Alpenkonvention entstanden ist, zu begegnen. Lunz positioniert sich als Bergsteigerdorf und

will so auf dem Gebiet des sanften Tourismus punkten (www.bergsteigerdoerfer.at).

Die Alpenkonvention stellt eine Chance für die Entwicklung von niederösterreichischen Gemeinden dar. Deshalb wurde 2009 von Landesrat Stephan Pernkopf das Projekt „Stärkung der Alpenkonvention in Niederösterreich“ ins Leben gerufen. Das Ziel dieses aus Mitteln des NÖ Landschaftsfonds unterstützten Projektes ist es, durch eine breit angelegte Informationsarbeit das Bewusstsein für das internationale Vertragswerk und dessen Inhalte zu heben (siehe „Die Alpenkonvention“ Nr. 53).

Im Zuge dieses Projektes kam es im vergangenen September auch zu einer Begegnung der regionalen Bevölkerung mit internationalen JournalistInnen, die im Rahmen der „SuperAlp!“-Reise den Alpenbogen mit Formen nachhaltiger Mobilität überquerten.

Die an SuperAlp! teilnehmenden JournalistInnen werden in ihren Medien sowohl über die Regionen, als auch über die Kernthemen der Alpenkonvention berichten.

Für die lokale Bevölkerung bietet dies die Möglichkeit, sich international zu präsentieren und im Gespräch mit den Reisenden zu erfahren, wie in anderen Regionen mit ähnlichen Herausforderungen umgegangen wird. Auf dem Programm standen Vorträge zur Umsetzung der Alpenkonvention in Niederösterreich und zu den Möglichkeiten der sanften Mobilität im Mostviertel.

Bei einer gemeinsamen Bootsfahrt am Lunzer See konnte Bürgermeister Martin Ploderer den JournalistInnen innovative Ideen, wie die Seebühne präsentieren. Mit ihrem besonderen Flair stellt die Seebühne eine Möglichkeit dar, kulturelle Aktivitäten in



Super Alp! am Lunzer See

© Thomas Mitterstöger

der Region zu halten und internationale KünstlerInnen für Auftritte zu gewinnen.

Eigene Homepage

Ein weiterer Schritt in den Bemühungen, die Alpenkonvention in Niederösterreich bekannter zu machen, war die CIPRA-Jahresfachtagung am Semmering Mitte Oktober. Insbesondere bei den Exkursionen konnte die regionale Bevölkerung ihre Erfahrungen in den Kontext der Alpenkonvention stellen.

Weitere Versuche, die Alpenkonvention in Niederösterreich mit Leben zu füllen, werden von CIPRA Österreich in Zusammenarbeit mit der Abteilung Landentwicklung im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung unternommen. Erste Ergebnisse des Projektes sind die Homepage www.alpenkonvention-noe.at, auf der neben grundlegender Information ein Pool an Projekten gesammelt werden soll, welche die Umsetzung der Alpenkonvention in Niederösterreich repräsentieren.

* Der Autor ist Mitarbeiter der Abteilung Landentwicklung im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung.

„An dieser Straße besteht kein Bedarf“

Transitachse in klarem Widerspruch zur Alpenkonvention

Die bestehende S 36, die derzeit durch das Mur- und Mürztal bis Judenburg reicht, soll um 22 Kilometer bis Scheifling verlängert werden. Daran soll bis Klagenfurt (weitere 38 km) die S 37 anschließen. Damit entstünde eine durchgehende vierspurige Transitschneise, deren Bau in klarem Widerspruch zum Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention steht, das neue hochrangige Straßen für den alpenquerenden Verkehr untersagt.

Hannes Schlosser hat den Anwalt Matthias Göschke zum Interview gegeben. Göschke vertritt als einziger Anwalt die 16 Bürgerinitiativen (für die 20.000 Menschen unterschrieben haben) entlang der geplanten Route.

Hannes Schlosser: Was ist der aktuelle Stand der Dinge?

Matthias Göschke: Das Thema S 37 ruht im Moment mehr oder weniger. Die Asfinag hat deutlich zu verstehen gegeben, dass sie dafür kein Geld hat. Die Verlängerung der S 36 ist im Gesetz verankert und auch in der Trassenverordnung.

Am 12. November gab die Verkehrsministerin bekannt, dass die S 37 auf einen Zeitraum „nach 2016“ verschoben und die S 36 „redimensioniert“ werden soll.

Aktuellen Zeitungsmeldungen zufolge soll die S 36 nun als Landstraße ausgebaut werden. Aber solange das Projekt S 36/S 37 noch im Verzeichnis 2 zum Bundesstraßengesetz enthalten ist, kann es jederzeit wieder erweckt werden.

Eine erste Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) hat die S 36 für rechtlich zulässig erklärt. Diese Entscheidung ist aber keineswegs endgültig und vor allem ist sie ganz grundlegend falsch.

Schlosser: Inwiefern?

Göschke: Der VfGH erkennt richtig, dass das Verkehrsprotokoll in Österreich im Range eines innerstaatlichen Gesetzes steht. Weil das Verkehrsprotokoll mit dem Verbot des Baus hochrangiger alpenquerender Straßen auch in Landeskompetenzen eingreift, brauchte es zu seiner Ratifizierung, anders als bei einem einfachen Bundesgesetz, die zwingende Zustimmung des Bundesrats. Daher geht das Verkehrsprotokoll einfachen Gesetzen, etwa Bundes- oder Landesstraßengesetzen, innerstaatlich vor. Indirekt bestätigt der VfGH auch diese Sichtweise.

Unrichtig ist die Argumentation des VfGH hingegen, was die rechtliche Bedeutung der Ausnahmelisten nach Artikel 8 betrifft. Wir wissen, dass es bei der Annahme des Verkehrsprotokolls durch die Umweltminister der Alpenstaaten einen zentralen Kompromiss gegeben hat, der sinngemäß lautet: nur jene Projekte, die zum

Zeitpunkt der Annahme dieses Protokolls im Rahmen der nationalen Rechtsordnung bereits beschlossen waren oder für die der Bedarf gesetzlich festgestellt ist, sind vom Verbot des Artikel 11 ausgenommen. Österreich hat in die dafür erstellte Liste die S 18 Bodenseeschnellstraße und die B 179 Fernpassbundesstraße aufgenommen. Es war völlig klar, dass diese Liste eine verbindliche Wirkung hat, ansonsten wäre es im Jahr 2000 nicht zur Annahme des Protokolls gekommen. Und jetzt sagt der VfGH, diese Listen seien völlig unerheblich.

Schlosser: Was hat das für Konsequenzen?

Göschke: Es gibt im Erkenntnis des VfGH vom 24. Juni 2010 noch eine Reihe anderer Fehler, etwa im Zusammenhang mit der Interpretation des Bundesstraßenübertragungsgesetzes 2002. Wir haben nun einen neuen Antrag gestellt, was möglich ist, weil wir neue Argumente vortragen werden, die wir im ersten Verfahren nicht verwendet haben. Bei richtiger Rechtsanwendung bleibt dem VfGH dann gar nichts anderes übrig, als die Trassenverordnung für die Strecke Judenburg-Scheifling aufzuheben, und dieser Abschnitt könnte dann nie mehr als Schnellstraße gebaut werden.

Schlosser: Wie beurteilen Sie die Stimmung in der Region?

Göschke: Im Bezirk Murau gibt es einige Menschen, die glauben sie wären Nutznießer, weil sie nicht direkt an der Strecke leben, aber durch die Straße leichter ins Kino nach Judenburg oder Klagenfurt kommen würden. Die überwiegende Mehrheit ist aber gegen die Straße. Dieser Bezirk ist sehr stark ländlich und von sanftem Tourismus geprägt und eine Bioregion. Der Bezirk ist auch von Abwanderung geprägt, weil immer weniger Menschen im primären oder allenfalls im sekundären Sektor tätig sind und zunehmend im tertiären



© Hannes Schlosser / CIPRA Österreich

Einsicht dank Sparstift?

Am 12. November hat Verkehrsministerin Doris Bures ihren der Budgetmisere angepassten „Ausbauplan Bundesverkehrsinfrastruktur 2011 bis 2016“ bekannt gegeben.

Zur S 36 heißt es darin:

„Hier gilt es zu verhindern, dass die Achse S 6, S 36, S 37 eine zweite hochrangige Achse parallel zur A 2 wird. Durch diese Überlegungen sind auch die S 36-Abschnitte zwischen Judenburg und Scheifling in ihrem Ausbaugrad neu zu überdenken, um eine bestmögliche Verkehrsentslastung für die Ortschaften zu gewährleisten und die Eröffnung einer neuen Transitachse zu verhindern.“

Das klingt einsichtig und stimmt optimistisch. Jetzt gilt es Druck zu machen, damit die „Straßen, die niemand braucht“, aus dem Gesetz und der Trassenverordnung gestrichen werden. Dann gilt es für die Bürgerinitiativen der Region an den Plänen für den Ausbau der Landstraße samt Ortsumfahrungen etc. kritisch mitzuwirken. (red)

Sektor Arbeit finden, also in Verwaltung und Dienstleistung. Und dieser tertiäre Sektor ist traditionell in Ballungszentren viel stärker verankert, als in ländlichen Regionen.

Schlosser: Was würde der Bau der S 36/S 37 für die Arbeitsplätze in der Region bedeuten?

Göschke: Wenn hochrangige Straßen gebaut werden, dann haben sie im Wesentlichen einen Effekt: Es bilden



Scheifling mit Blick in Richtung Unzmarkt, im Hintergrund die Niederen Tauern

sich rascher Ballungszentren, weil es weniger Verkehrswiderstände im Umkreis gibt. Der Effekt ist sozusagen, dass ein größerer Raum zusammengefasst wird. Entsteht eine Schnellstraße oder Autobahn in der Nähe eines bestehenden Ballungszentrums – und näher heißt rund eine Stunde Fahrzeit mit dem Auto, dann wird dieses Ballungszentrum auf Kosten des Umlands gestärkt. Im konkreten Fall würden ganz massiv Klagenfurt, dazu auch noch Graz und allenfalls der Bereich Leoben/Bruck an der Mur profitieren. Es würden weitere Arbeitsplätze aus der Region abfließen, weil die Leute weiter auspendeln können.

Schlosser: Angeblich drohen aber Betriebe mit einem Investitionsstopp, falls die Straße nicht gebaut wird.

Göschke: Im Moment kann sich jeder Betrieb, der in der Region einen Standort hat, glücklich schätzen. Es gibt genügend – vor allem qualifizierte und günstige – Arbeitskräfte und die Zu- und Ablieferung funktioniert problemlos. Energie und Telekommunikation sind heutzutage kein Standortthema mehr. Dem Zu- und Abliefernverkehr per LKW ist es vollkommen egal, ob er auf einer Landesstraße oder auf einer Schnellstraße fährt. Im Gegenteil, Frächter fahren lieber auf einer Landesstraße, weil sie keine Maut zahlen müssen. Und ob sie 80 oder 85 km/h fahren können, spielt auch keine Rolle.

Bei den Arbeitskräften ist es so, dass die Unternehmen für eine vergleichbare Arbeitskraft in Wien rund 20 % mehr zahlen als im Bezirk Murau. Zugleich sind in der Region die Lebenshaltungskosten niedriger.

Schlosser: Aber warum schreien die Unternehmer dann so laut?

Göschke: Das kann ich Ihnen genau sagen. Es gibt einen Unternehmer, der besonders laut schreit. Der hat in seiner Garage einen Porsche und ein Lamborghini Cabrio stehen. Das ist der Grund, nicht mehr und nicht weniger.

Schlosser: Im zurückliegenden Landtagswahlkampf haben SPÖ und ÖVP, die auch jetzt wieder die Regierung stellen, das Projekt als beschlossene Sache hingestellt und verteidigt. Warum?

Göschke: Bei Rot-Schwarz ist es eine Mischung aus Partialinteressen und völliger Unkenntnis der rechtlichen und finanziellen Hintergründe. Das ist meine Einschätzung. Partialinteressen deshalb, weil wenn 600 Millionen Euro ausgegeben werden für 22 Kilometer Straße, die kein Mensch braucht, dann muss irgendjemand daran verdienen. Mehr kann ich dazu hier nicht sagen. Unkenntnis deshalb, weil das Land durch den komplizierten Bund-Länder-Finanzausgleich auch beim Bau einer Schnellstraße durch die Asfinag – sozusagen „durch die Hintertür“ – kräftig mitzahlen müsste.

Schlosser: Was würde die S 36 ökonomisch konkret bedeuten?

Göschke: Die ehemalige Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder hat sich eine Entlastung ihres Straßenbudgets erwartet, weil Schnellstraßen von der Asfinag erhalten werden müssen. Schätzungen für die 22 Kilometer von Judenburg bis Scheifling gehen von Einsparungen für das Verkehrsressort des Landes Steiermark von jährlich 200.000 Euro aus. Gleichzeitig entstünde bei der Asfinag für die Finanzierungskosten, den Erhalt und Betrieb der Straße ein Aufwand von rund 40 Millionen Euro im Jahr. Dadurch würde das Land 1,1 Millionen jährlich an

Bundeszuschüssen für das allgemeine Landesbudget verlieren. Das ist absurd!

Schlosser: Wie stellt sich das Ausbauprojekt aus der Sicht des derzeitigen Verkehrsaufkommens dar?

Göschke: In einer internen Richtlinie des Verkehrsministeriums und der Asfinag steht, dass sich Schnellstraßen nicht unter 24.000 Fahrzeugen täglich lohnen. Derzeit liegen wir in einem ganz kleinen Bereich bei 18.000 und ansonsten bei 9 bis 11.000. Es besteht also kein Bedarf, das kann über eine normale Landesstraße B – das sind die früheren Bundesstraßen B – problemlos abgewickelt werden. Dazu kommt, dass die S 36 in Scheifling direkt vor einem Schild enden würde, wo draufsteht: Lkw-Fahrverbot, ausgenommen Ziel- und Quellverkehr. Und dieses Schild wird auch bleiben, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die ab dort geplante S 37 in den nächsten 20 Jahren nicht gebaut wird.

Schlosser: Für den Vollausbau schauen die Zahlen aber ganz anders aus.

Göschke: Im UVP-Verfahren hat ein Gutachter der Asfinag für Scheifling 6.700 Lkw pro 24 Stunden genannt. Das sind keine Horrornzahlen der Bürgerinitiative, das ist der Gutachter der Asfinag, der wahrscheinlich eher zurückhaltend begutachtet hat. 2009 gab es am Brenner 6.000 Lkw täglich – das heißt, die Strecke im Murtal wäre stärker belastet als der Brenner. Da geht es um Verkehr, der massiv von der A 2 verlagert würde, zusätzlich von der Pyhrnautobahn und weiters um neuen Verkehr, der entsteht, wenn man von A nach B zu einem Preis fahren kann, der zuvor nicht möglich war.

Was viele Menschen überhaupt noch nicht verstanden haben: von Seebenstein über Gloggnitz, Semmering, Mürzzuschlag, Bruck an der Mur, Leoben bis Judenburg haben die Anrainer keine Ahnung, was auf sie zukommen würde. Die haben zwar schon jetzt eine Schnellstraße, aber vergleichsweise wenig Verkehr. Mit dieser S 36/S 37-Verbindung, würden sich die Verkehrszahlen schlagartig massiv erhöhen. Der Lkw-Verkehr würde sich mindestens verdoppeln und vor allem – was ganz besonders gravierend ist – ging es 24 Stunden durch.

Schlosser: Danke für das Gespräch. ■

Antworten auf den Klimawandel (3)

Die e5-Gemeinde Zwischenwasser

Von Astrid Felderer*

Die Folgen des Klimawandels machen sich im Alpenraum besonders bemerkbar. Das Umweltbundesamt analysiert im Auftrag des Lebensministeriums eine Reihe von Beispielen, die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel im Alpenraum erfolgreich umsetzen. Als drittes Vorzeigebeispiel stellen wir diesmal die Vorarlberger e5-Gemeinde Zwischenwasser vor.

Das „e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden“ ist ein seit 1998 laufendes Programm. Es unterstützt die teilnehmenden Gemeinden, Energie effizienter zu nutzen, verstärkt erneuerbare Energieträger einzusetzen und sich Klimaschutzziele zu setzen. Zu den zentralen Elementen zählen ein umfassender Maßnahmenkatalog und ein Schema für die Erfolgskontrolle.

Das Kernstück des e5-Programms bildet der Maßnahmenkatalog, der als Checkliste für die Planung zukünftiger Aktivitäten dient. Zudem stellt er die Grundlage dar, anhand derer die Gemeinden bewertet werden. Er umfasst sechs energierelevante Handlungsfelder, in denen insgesamt 87 Maßnahmen definiert sind.

Die Gemeinden werden alle vier bis fünf Jahre von einer unabhängigen Kommission geprüft und je nach Umsetzungsgrad der Maßnahmen bewertet und gegebenenfalls ausgezeichnet. Sind in einer Gemeinde 25 Prozent der Maßnahmen umgesetzt, erhält die Gemeinde ein „e“, bei 37 Prozent zwei, bei 50 Prozent drei, bei 62 Prozent vier und bei 75 Prozent fünf „e“, die maximal erreichbare Punktezahl.

Gemeinde Zwischenwasser

Die Gemeinde Zwischenwasser zählt zu den Gründungsmitgliedern des e5-Programmes und war eine der ersten Gemeinden, in der das Programm umgesetzt wurde. Mittlerweile gehört sie neben Langenegg (V), Mäder (V), Virgen (T) und St. Johann im Pongau (S) zu den wenigen Gemeinden in Österreich, welche die beste



Ortsteil Oberbatschuns in der Gemeinde Zwischenwasser

Zwischenwasser ist eine Gemeinde am Ostrand des Vorarlberger Rheintals im Bezirk Feldkirch und hat 3.125 EinwohnerInnen. Gewerbliche Betriebe bieten rund 500 Arbeitsplätze, viele Erwerbstätige sind PendlerInnen. Das Gemeindegebiet erstreckt sich über drei Ortschaften und einer Reihe von Weilern auf einer Fläche von 22,6 km². 70 % sind bewaldet, mit dem Gipfel des Hohen Freschen wird eine Höhe von 2.004 m erreicht.

Bewertung im e5-Programm erreicht haben. Die Vorarlberger Gemeinden stehen im nationalen und auch im internationalen Ranking der energieeffizientesten Gemeinden ganz vorne. Von den derzeit österreichweit 83 am e5-Programm beteiligten Gemeinden befinden sich 25 in Vorarlberg.

Mittlerweile wurde der Gemeinde Zwischenwasser bereits zum zweiten Mal der „European Energy Award in Gold“ verliehen. Die letzte Auszeichnung erfolgte im Jahr 2009, wo Zwischenwasser mit 86 Prozent an umgesetzten Maßnahmen an der Spitze lag.

Das Thema Nachhaltigkeit steht in der Gemeinde seit vielen Jahren im Mittelpunkt. „Wir sind es den kommenden Generationen schuldig, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln und umzusetzen“, so Bürgermeister Josef Mathis.

Wie in jeder beteiligten Gemeinde gibt es ein e5-Team, das sich aus VertreterInnen von Politik und Gemeindeverwaltung sowie ehrenamtlich mitwirkenden BürgerInnen zusam-

menetzt. Dieses Team übernimmt die Koordination und die Umsetzung aller e5-Aktivitäten in der Gemeinde und ist politisch unabhängig. In Zwischenwasser arbeiten derzeit zehn Leute im e5-Team.

Aktivitäten in der Gemeinde

Der Gemeinde ist es ein besonderes Anliegen, den BürgerInnen die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen wie Holz, Erdwärme und Sonnenenergie näher zu bringen. Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung in Form von Informationsveranstaltungen, Vortragsreihen, Wettbewerben und Exkursionen bilden in diesem Zusammenhang besondere Schwerpunkte. Fast jedes Jahr gibt es einen „Tag der offenen Heizraumtür“, an dem BürgerInnen Interessierten einen Einblick in ihre mit erneuerbarer Energie betriebenen Heizungen gewähren.

Ein großes Highlight war die Errichtung der ersten Gemeinschafts-Photovoltaikanlage in Zwischenwasser im Jahr 1997. Das Bürgerbeteiligungsmodell gilt als Impulsgeber für

* Die Autorin ist Mitarbeiterin der Abteilung Umweltfolgenabschätzung und Klimawandel des Umweltbundesamts in Wien.



Bürgermeister von Zwischenwasser Josef Mathis und e5-Teamleiter Karl Heinzle (von li. nach re.), Photovoltaikanlage in Zwischenwasser

die gesamte Region und wurde von mehreren Gemeinden nachgeahmt. Mittlerweile sind in Zwischenwasser fünf weitere Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden installiert.

Ein besonderes Serviceangebot ist die von der Gemeinde zur Verfügung gestellte „Kümmerermappe“, die wichtige Informationen im Zusammenhang mit Gebäudesanierungen (Anleitungen, Kontaktadressen...), enthält. Allein im letzten Jahr wurden mehr als fünfzig Stück der Mappe in Umlauf gebracht.

Auch in den Schulen werden Aspekte im Energie- und Klimaschutzbereich behandelt. Unterstützung erfahren sie dabei von der Gemeinde, die beispielsweise für die Mittelschule Energiemessgeräte angekauft hat, die im Unterricht verwendet werden. „Wir beobachten, dass die Schülerinnen und Schüler ihr Wissen über den Energieverbrauch an ihre Familien weitergeben“, so Karl Heinzle, Leiter des e5-Teams Zwischenwasser.

Als weiteres Highlight nennt Heinzle ein Kooperationsprojekt mit der nahe gelegenen Höheren Technischen Lehranstalt Rankweil, im Zuge dessen eine Online-Plattform (www.energycontrol.at) zur Energiebuchhaltung für die private Nutzung eingerichtet wurde. Bereits 130 Personen haben sich online dafür registriert. Dieses Tool wird mittlerweile auch in anderen Gemeinden verwendet.

Auch zum Thema Mobilität wird in Zwischenwasser viel Informations- und Sensibilisierungsarbeit geleistet. So wird den BewohnerInnen mit dem Projekt „Fahr Rad“ und dem autofreien Tag die Nutzung des Fahrrades als umweltfreundliches Fortbewegungsmittel näher gebracht. Zu weiteren Mobilitätsaktionen zählen u.a. die Errichtung einer Mobilitätszentrale (Informationen zu den öffent-

lichen Verkehrsmitteln), die Installation eines Nachtbussystems sowie eines Rufbusses für die schwächer besiedelten Gemeindegebiete, die Bereitstellung von Elektrofahrrädern und die nahezu flächendeckende Einführung von „Tempo 30“. Weiters wird von der Gemeinde ein Standplatz für ein Car-Sharing Auto zur Verfügung gestellt. Dieses nutzen in erster Linie Gemeindebedienstete für Ihre Dienstfahrten. Aufgrund der starken Bewerbung nehmen mittlerweile auch zahlreiche BürgerInnen dieses Angebot in Anspruch.

Messbare Erfolge

Die Erfolge der Gemeinde Zwischenwasser im Klimaschutz und in der Energiepolitik lassen sich sehen. Das belegen die energietechnischen Daten, die jährlich – unterstützt vom Energieinstitut Vorarlberg – erhoben werden. So konnte zwischen 2001 und 2008 der CO₂-Ausstoß pro Haushalt um durchschnittlich sechs Prozent gesenkt werden. Auch der Gesamtstromverbrauch in der Gemeinde ist seit 2004 um rund zwei Prozent gesunken, während dieser in Österreich nach wie vor steigt. Auch im Bereich der Energieversorgung gilt Zwischenwasser als vorbildlich. 65 Prozent deckt die Gemeinde durch erneuerbare Energie ab, vor allem Biomasse und Solarenergie. Im gesamten Gemeindegebiet sind derzeit rund 2.200 m² Photovoltaik-Kollektorfläche (ca. 0,70 m² pro EinwohnerIn) und 2.800 m² Thermosolarfläche (0,90 m² pro EinwohnerIn) installiert (Stand 2009). Das ergibt eine CO₂-Einsparung von insgesamt 320 Tonnen pro Jahr. Bei der installierten Solarleistung pro EinwohnerIn zählt Zwischenwasser zu den führenden Gemeinden Europas. Laut e5-Teamleiter Karl Heinzle ist in der Gemeinde mittlerweile ein großes Bewusstsein für Umwelt- und

Energiethemen vorhanden. „Die Leute erkennen immer mehr, welche Vorteile die Unabhängigkeit im Energiebereich bringt“, so Heinzle. Die Aktivitäten des e5-Teams sind weitgehend bekannt und werden geschätzt.

Erfahrungen und Erfolgsfaktoren

Die Gemeinde Zwischenwasser hat in vielen Bereichen gezeigt, dass es auf kommunaler Ebene durchaus Sinn macht, sich für Klimaschutz und energieeffiziente Nutzung einzusetzen.

Ausschlaggebend für die Erfolge in Zwischenwasser ist in erster Linie das motivierte e5-Team, in dem die Mitarbeit größtenteils auf freiwilliger Basis erfolgt. Das Team sucht den direkten Draht zu den BürgerInnen und spricht diese persönlich an. Teamleiter Heinzle ist der Meinung: „Klimaschutz soll Spaß machen und darf den Leuten nicht aufgezwungen werden“. Die Verhaltensänderung in der Bevölkerung müsse auf freiwilliger Basis geschehen.

Als ganz wichtigen Punkt nennt Heinzle auch die Unterstützung durch die Politik und verweist auf Bürgermeister Josef Mathis, der selbst im e5-Team mitarbeitet. In regelmäßigen Abständen finden Treffen mit anderen e5-Gemeinden statt, bei denen die e5-TeamleiterInnen Erfahrungen austauschen. So können Erfolgsmodelle auf andere Gemeinden übertragen werden, damit auch diese einen energieeffizienten und nachhaltigen Weg einschlagen.

Weitere Informationen:

<http://www.zwischenwasser.at/>
<http://www.e5-gemeinden.at/>
 Energieinstitut Vorarlberg
<http://www.energieinstitut.at/>

Berglandwirtschaft und zukunftsfähiger Bergtourismus - eine untrennbare Einheit

Von **Christina Schwann***

Enge Kurven, steile Bergstraßen, Nebelschleier in den Baumwipfeln, rauschende Bäche – so mancher Teilnehmer fürchtete wohl, falsch abgelenkt zu sein. Gut für jene, die sich per Sammeltaxi vom Bahnhof Bludenz abholen hatten lassen. Das Große Walsertal hat es in sich. Der Biosphärenpark mit seinen sechs Gemeinden Sonntag/Buchboden, St. Gerold, Fontanella/Faschina, Raggal/Marul, Thüringerberg und Blons war Schauplatz der 3. Jahrestagung der Bergsteigerdörfer vom 30.9. bis 2.10.2010.

Wie jedes Jahr werden im Rahmen der Jahrestagung Protokolle der Alpenkonvention genauer beleuchtet und im Sinne der Bergsteigerdörfer diskutiert. Dieses Jahr war das Berglandwirtschaftsprotokoll, seine Auswirkungen auf die Berglandwirtschaft und den damit verbundenen Tourismus an der Reihe. Kaum ein Bergsteigerdorf eignet sich dafür besser als das Große Walsertal, das bereits seit zehn Jahren mit dem Konzept Biosphärenpark den Weg eines nachhaltigen Wirtschaftens eingeschlagen hat.

Einleitend erläuterte **Ewald Galle** (Lebensministerium) das Protokoll Berglandwirtschaft und **Michael Proschek-Hauptmann** (Geschäftsführer des Umweltdachverbandes) versuchte, Prognosen für die Förderungen über die Schiene Ländliche Entwicklung ab 2014 abzugeben. Danach war **Josef Türtscher** (Landtagsabgeordneter, Regio-Obmann Biosphärenpark und – wie er vor allem betonte – Landwirt) am Wort. **Türtscher** stellte gleich zu Beginn seines Referates fest: „Die Motivation von uns Bauern das Land zu bewirtschaften, ist nicht vornehmlich die Pflege des Landschaftsbildes, sondern die Herstellung von Lebensmitteln.“ Die Pflege der Landschaft ergebe sich daraus, dürfe aber nicht zum alleinigen Ziel gemacht werden. Die Abhängigkeit von Fördermitteln stellte er nicht in Frage, präsentierte aber auch zahlreiche positive Beispiele aus dem Biosphärenpark, die zeigen, dass durch Kooperation und Eigeninitiative in der Landwirtschaft und im Tourismus Ar-



Bergsteigerdorf Großes Walsertal, rechts die Gemeinde Fontanella

© Anton Goller

beitsplätze geschaffen und Nischen besetzt werden können.

Peter Kapelari stellte die Initiative des OeAV, DAV und AVS „So schmecken die Berge“ vor – ein weiteres gelungenes Projekt zur Förderung regionaler Produkte. Die Verwendung von heimischen und saisonalen Lebensmitteln werde dabei bewusst bekannt gemacht (z.B. über die Speisekarte) und mit Stolz auf deren Mehrwert hingewiesen.

Bilanz über drei erfolgreiche Jahre

Nach fast drei Jahren der „OeAV-Initiative Bergsteigerdörfer“ war es aber auch an der Zeit, eine erste Bilanz über das Projekt zu ziehen. Die Bürgermeister **Martin Ploderer** (Lunz am See) und **Klaus Rüscher** (Malta) sowie die Sektionsvertreter **Wolfgang Auer** (Sektion Austria) und **Anton Sint** (Sektion Sillian) stellten dabei das Projekt aus der Sicht von Gemeindepolitik, Tourismus und der Sektionen des Alpenvereins dar. Bei allen Diskussionen konnte immer wieder eine besonders erfreuliche Beobachtung gemacht werden: die Gemeinden konkurrieren nicht untereinander, sondern versuchen, sich gegenseitig zu unterstützen und aktiv zu bewerben. Alle Partner unterstrichen die Wichtigkeit einer gemeinsamen Plattform, um öffentlich gehört zu werden und begreifen sich als wichtiger Teil im Gesamtprojekt.

Ab Mitte 2011 werden die Bergsteigerdörfer in eine nächste Phase starten. Inhaltlich wird sich dieser Abschnitt vor allem auf die Qualität und die Frage „Was macht ein Bergsteigerdorf eigentlich aus?“ stützen. **Sigbert Riccabona** (ehemaliger Tiroler Landesumweltanwalt) und **Franz Rauter** (Leiter der Abteilung Raumplanung und Statistik des Amtes der Tiroler Landesregierung) leiteten die umfangreiche – von **Michael Pause** (Redakteur Bergauf-Bergab) moderierte – Diskussion des zweiten Tages ein. Die Wünsche der Teilnehmer sind vielfältig. Deutlich wird aber vor allem die Bedeutung der Kriterien als echtes Alleinstellungsmerkmal der Bergsteigerdörfer. Diese werden auch in Zukunft bei der Auswahl von möglichen weiteren Bergsteigerdörfern eine zentrale Rolle spielen. **Sigbert Riccabona** wurde gewonnen, sich als Teil eines noch zu bildenden Weisenrates dem Projektteam Bergsteigerdörfer zur Seite zu stellen, denn jede Auswahl bedarf einer genauer Prüfung und Abwägung aller Kriterien.

Am letzten Tag lichteten sich die tiefhängenden Wolken, Nebelfetzen hafteten noch an den steilen baumbestandenen Hängen, aber gegen Mittag kämpfte sich die Sonne ins Große Walsertal durch und die Berggipfel waren plötzlich frei. Gerade rechtzeitig für eine wunderbare Exkursion zur so genannten „Echo-

* Die Autorin ist Mitarbeiterin im Oesterreichischen Alpenverein, Fachabteilung Raumplanung-Naturschutz in Innsbruck und zuständig für die Koordination der Via Alpina und der Bergsteigerdörfer.

wand“, an der den TeilnehmerInnen ein außergewöhnliches Hörerlebnis zu Teil wurde.

Dass die Tagung reibungslos abließ und bei den TeilnehmerInnen ausschließlich positive Resonanz hervorrief, ist nicht zuletzt der perfekten Organisation vor Ort zu verdanken. Das Lob gebührt Franz Ferdinand Türtscher (Bürgermeis-

ter von Sonntag), sowie Monika Bischof (Tourismusverband Großes Walsertal).

Ein Tagungsband ist voraussichtlich Mitte Dezember 2010 erhältlich bei:
Christina Schwann, Olympiast. 37,
6020 Innsbruck, Tel.: 0512/59547-31,
christina.schwann@alpenverein.at

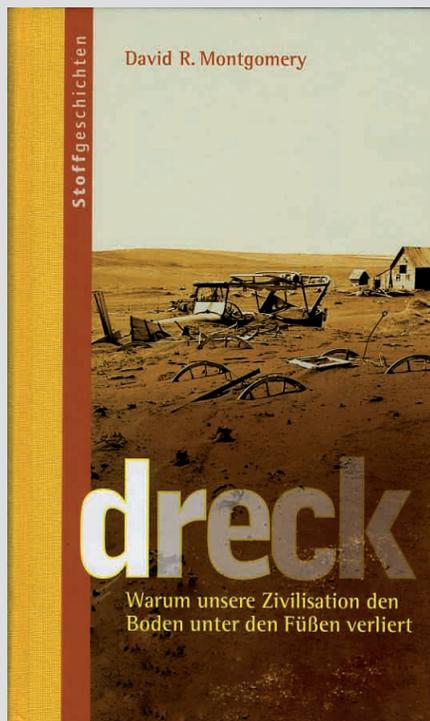
Weitere Informationen unter:
www.bergsteigerdoerfer.at

CIPRA Österreich ist übersiedelt!

Die Geschäftsstelle von CIPRA Österreich hat seit 1. November 2010 eine neue Adresse: Strozzigasse 10/7-9, 1080 Wien. Telefon- und Faxnummer bleiben unverändert.

Dreck - Warum unsere Zivilisation den Boden unter den Füßen verliert

David R. Montgomery



In seinem 2008 unter dem Titel „Dirt: The Erosion of Civilizations“ erschienen Buch zeichnet der US-amerikanische Geologe David R. Montgomery ein dramatisches Bild über die Entwicklungen bei der Ressource Boden. Auch die nun vorliegende deutsche Übersetzung drückt mit dem plakativen Wort „Dreck“ im Titel aus, wie schlecht die Menschheit in der Vergangenheit mit ihrer im wahrsten Sinn des Wortes fundamentalsten Lebensgrundlage umgegangen ist. Montgomerys Darstellung reicht bis ins alte Ägypten zurück und bereitet viele schlechte und einige gute Beispiele aus allen Kontinenten und verschiedenen Gesellschaftssystemen auf. Das Buch ist eine Anklageschrift, die archäologische, geologische, biologische, kultur- und politikwissenschaftliche Aspekte zu stimmigen Analysen zusammenführt. Eine seiner zentralen Thesen lautet, dass der Umgang einer Kultur mit dem Boden über deren Lebensdauer entscheidet und belegt dies u.a. mit der Geschichte der Römer und Mayas. Neu in unserer globalisierten Gegenwart ist, dass der Vorrat an fruchtbaren Böden zur Neige geht. Wo der Boden immer

weniger Nahrung hergibt, sind die Menschen zur Flucht gezwungen. Montgomery beschreibt das etwa am Beispiel der USA, wo in den 1930er-Jahren über drei Millionen Menschen die großen Flächen der Prärie gegen Westen verlassen mussten, nachdem Stürme die ausgelaugte Lebensgrundlage der Bauern buchstäblich weggeblasen hatten. Konventionell betriebener Landwirtschaft ist eine Erosionsrate zuzuordnen, die deutlich über dem liegt, was sich gleichzeitig an gesunden, fruchtbaren Böden neu bildet. Seit 1945 sind weltweit 1,2 Millionen Hektar Ackerfläche verloren gegangen – das entspricht der Fläche von Indien und China zusammen. Überwiegend durch Erosion und Ermüdung der Böden, aber auch durch Versiegelung im Zuge der Urbanisierung. Zugleich nimmt der natürliche Prozess für die Entwicklung von bescheidenen zweieinhalb Zentimeter Boden im Durchschnitt ein halbes Jahrtausend in Anspruch. „Boden lässt sich nicht in für den Menschen relevanten Zeitabschnitten ersetzen. Er ist ein besonderer Stoff, eine unentbehrliche Ressource, die sich nur im Schnecken-tempo erneuert“, schreibt Montgomery. Zu den Zerstörern des Bodens zählen heutzutage aber nicht nur die industriell betriebene großflächige Landwirtschaft, sondern auch viele Kleinbauern, die aus Not gezwungen sind, den ihnen zur Verfügung stehenden Boden so auszunutzen, bis er entweder ausgelaugt ist oder die fruchtbare Schicht in alle Winde verweht ist. Kriege um die Ressource Erdöl hat es bereits gegeben, Kriege ums Wasser werden in manchen Zukunftsszenarien befürchtet. Kaum ein Thema sind

potenzielle Auseinandersetzungen um fruchtbare Böden – und das offenbar zu Unrecht. Kurz geht der Autor auch auf die Boden-erosion in den Alpen ein. Am Beispiel der französischen Alpen zeigt er auf, dass durch Entwaldung zugunsten der Landwirtschaft innerhalb von drei Jahrhunderten bis etwa 1800 teilweise mehr als die Hälfte der Kulturlächen durch Erosion verloren gegangen sind. Die stabilisierende Rolle des Waldes im steilen Gelände erkannten Wissenschaftler bereits Anfang des 19. Jahrhunderts. Natürlich stellt sich Montgomery der Frage globaler Zukunftsperspektiven – und verweigert einfache Antworten. Weil die Ausgangssituation von Region zu Region verschieden ist, müssen diese Antworten verschieden ausfallen. Gemeinsam ist ihnen eine Prämisse: Erosion und Erneuerung des Bodens müssen ein Gleichgewicht finden und der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen muss gestoppt werden. Das Buch ist faktenreich, gut recherchiert und angenehm zu lesen – eine hervorragende Grundlage zum Nachdenken und Diskutieren über eines der unterschätzten globalen Themen. Ohne die Alpenkonvention beim Namen zu nennen, sind Montgomerys Schlussfolgerungen ein Plädoyer für die Ziele einiger Protokolle der Alpenkonvention. Vor allem gilt das für das Bodenschutzprotokoll und sein Vorsorgeprinzip, wonach auch künftigen Generationen funktionsfähige Böden zu sichern sind. (hs)

Format: 24 x 15 cm, 352 Seiten; oekom verlag; München 2010
ISBN-13: 978-3-86581-197-4
24,90 Euro

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Bei Unzustellbarkeit retour an:
Alpenkonventionsbüro
von CIPRA Österreich
Olympiastraße 37
Postfach 318
A-6020 Innsbruck